

6 Gründe, warum Schwarz/Blau das größte Sicherheitsrisiko ist

1. Schwarz/Blau hat den Verfassungsschutz zerstört

Die (illegale) Razzia im BVT hat Österreichs Sicherheit massiv gefährdet. Der dadurch entstandene Vertrauensverlust schnitt Österreich von wichtigen Informationen ausländischer Nachrichtendienste ab. Der nunmehrige Bundeskanzler Nehammer machte damals kund: „Das Vorgehen von Innenminister Herbert Kickl war selbstverständlich mit der neuen Volkspartei abgestimmt und akkordiert.“ Die Behörde war nach dem Überfall aber so arbeitsunfähig, dass sie im Sommer 2020 sogar konkrete Warnungen ignorierte, wonach sich der spätere Attentäter von Wien Munition besorgt habe.

2. ÖVP/FPÖ stellen seit Jahrzehnten den Innenminister

Seit beinahe einem Vierteljahrhundert stellt die ÖVP – nur unterbrochen von 1,5 Jahren unter Herbert Kickl – den Innenminister. Sie hat so jeden Tag die Möglichkeit, die Situation zu verbessern. Stattdessen schiebt die ÖVP die Verantwortung lieber auf andere ab und zieht sogar noch dringend benötigte Ressourcen für Politshows ab. Macht bringt aber auch Verantwortung. Diese will die ÖVP nur nicht übernehmen.

3. Der ÖVP sind Parteiinteressen wichtiger als die Sicherheit Österreichs

Parteibuch zählt mehr als polizeiliche Kompetenz: Das zeigt nicht nur die „Interventionsliste“ von Wolfgang Sobotka oder die Chats von Johanna Mikl-Leinter, aus deren Zeit im Innenministerium. Mikl-Leitner schrieb etwa: „Rote bleiben Gsind!“ Das Innenministerium ist auch jenes mit den meisten Verurteilungen wegen politischer Diskriminierung von Bewerber:innen. Die ÖVP-Parteibuchwirtschaft macht die Polizei kaputt.

4. Tausendmal gefordert - nie etwas vorangebracht

Bei jedem noch so kleinem Anlass fordert die ÖVP Verschärfungen im Strafrecht oder mehr Überwachung. Dabei hat sie in den vergangenen Jahren selbst keinerlei konkrete Reformvorschläge, sondern nur Überschriften präsentiert. Ein neuer, verfassungskonformer Vorschlag für Messenger-Überwachung ist seit fünf Jahren ausständig. Strenge Regeln für private Sicherheitsdienste fehlen seit Jahren. Nur bei Korruption will die ÖVP plötzlich Beschuldigtenrechte stärken.

5. Fehlende Maßnahmen zur Deradikalisierung

Seit 2018 besteht die Österreichische Strategie Extremismusprävention und Deradikalisierung. Heuer stellte der Rechnungshof fest, dass wesentliche Punkte der Strategie nie umgesetzt wurden. Die im Bereich Deradikalisierung tätigen Initiative klagen derweil über Geldnot. Wurden 2022 vom Innenministerium laut Transparenzportal des BMG noch 1,13 Mio Euro an Förderungen ausbezahlt, waren es 2023 nur mehr 0,52 Mio. und 2024 bislang überhaupt nur 0,1 Mio. Euro.

6. Weniger statt mehr Polizist:innen auf der Straße

Während sich der Innenminister regelmäßig selbst lobt, zeigen die harten Zahlen ein ganz anderes Bild von der Ausstattung unserer Polizei: Seit 2020 gibt es in Österreich 4.000 Polizist:innen weniger, die auch tatsächlich einsatzbereit sind. Jene, die einsatzbereit sind, müssen 10 Millionen (!) Überstunden im Jahr leisten, um kein Systemversagen zu riskieren.